



Trends und Challenges

Zukunftsherausforderungen und Auswirkungen auf die Regionalpolitik

STRAT.AT plus 2009 - Zusammenfassung

ThemenpatInnen: Elisabeth Beer, Elfriede Kober, Ulrike Rebhandl, Martin Traxl

Autoren Zusammenfassung: Markus Gruber, Simon Pohn-Weidinger

Datum: Jänner 2010

convelop
cooperative knowledge design gmbh

A-8010 Graz Bürgergasse 8-10/1
Telefon: +43 (0) 316 720 813
Fax: +43 (0) 316 720 813-20
www.convelop.at office@convelop.at

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung Trends & Challenges	1
2.	Einleitung	6
3.	Megatrends	8
3.1.	Globalisierung	9
3.2.	Wissen	14
3.3.	Demografischer und sozialer Wandel.....	15
3.4.	Nachhaltigkeit, Energie und Klima.....	18
3.5.	Multilevel-Governance.....	21
4.	Verwendete Unterlagen/Literatur	22

1. Zusammenfassung Trends & Challenges

Im Rahmen des STRAT.ATplus-Prozesses wurde für das Jahr 2009 der Themen-Schwerpunkt **„Trends & Challenges – Zukunftsherausforderungen und Auswirkungen auf die Regionalpolitik“** gewählt. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der Diskussion über künftige Challenges der europäischen Regionen (**„Regionen 2020“**) sowie im Kontext der Erstellung des „Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes 2011“ und der „Szenarien der Österreichischen Raumentwicklung 2030“.¹ Ein zusätzliches Momentum erhielt die Diskussion durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren kurz- und mittelfristige Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen in Österreichs Regionen. Die von der ÖROK gewählte inhaltliche Konzeption des STRAT.ATplus Jahresprozesses war offen angelegt. Der Prozess wurde durch ThemenpatInnen mit einem speziellen Beitrag im Rahmen der Veranstaltung im Mai 2009 in Linz begleitet. In der vorliegenden Zusammenfassung wurden die Beiträge von convelop systematisiert und – wo dies geboten war – ergänzt. Folgende **Thesen** können zusammenfassend formuliert werden:

(1) Deutliche Verschärfung des Wettbewerbsumfeldes und Druck auf die Bewältigung des strukturellen Wandels: Die seit den 1970er Jahren verstärkt fortschreitende **Globalisierung** hat die nationalen Ökonomien grundlegend verändert. Sie war Auslöser für Wohlstandsgewinne sowohl in den entwickelten Ländern als auch in den Schwellenländern. Sie erhöhte aber auch den Wettbewerbs- und Innovationsdruck auf die westlichen Industrieländer. Die gegenwärtige **Finanz- und Wirtschaftskrise** wird die Globalisierung nicht abschwächen, sondern die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Anpassungsprozesse deutlich erhöhen und das Wettbewerbsumfeld weiter drastisch verschärfen. Produktionen, die durch laufende Modernisierung und Innovationen eine längerfristige Entwicklungschance gehabt hätten, gehen kurzfristig und vielfach für immer verloren. Neue Produktionsbereiche werden nur mehr unter veränderten Standortanforderungen entstehen. Die Wachstumszonen und damit auch die politischen Machtverhältnisse verschieben sich in Richtung der BRIC Länder, wodurch auch der Druck auf die Verlagerung direkt in die Wachstumsmärkte zunimmt. Wachstumsbereiche für Industrieländer liegen damit vor allem in forschungsbasierten neuen Sektoren und Zukunftsfeldern (bspw. Umwelt- und Energietechnik). Ankoppelung von Hochschulen an regionale Schlüsselthemen, Bildung und der Wettlauf um die besten Köpfe werden standortentscheidend. Die Unterstützung des Übergangs zu einer **wissensbasierten Gesellschaft** bleibt damit eine **Kernherausforderung**. Gleichzeitig entsteht ein Druck auf den Arbeitsmarkt mit einer zunehmenden Dualisierung und Gefahren von Ausgrenzungen (siehe Dualisierung in Wirtschaft und Gesellschaft).

(2) Die Hierarchisierung der Standorte wird zunehmen: Den zunehmenden Standortanforderungen werden vor allem Agglomerationen und städtische Zentren gerecht, die neben den Forschungs- und Bildungseinrichtungen auch über ein urbanes kulturelles Umfeld verfügen. Die städtischen Räume werden damit wieder vermehrt Wachstums- und Innovationstreiber auch im Hinblick auf die Ökologisierung der Wirtschaft. Zentralräume werden wachsen, eine polyzentrische Entwicklung wird sich weiter durchsetzen. Naturgemäß werden damit auch Spannungsfelder und Nutzungskonflikte zunehmen. Es braucht damit eine **neue Politik für Agglomerationen und städtische Räume in Österreich** und eine **übergeordnete Standortpolitik**.

Parallel dazu verändern sich die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale vor allem in den ländlichen Räumen. Ihre Funktion als Erholungs- und Rückzugsräume werden an Bedeutung gewinnen. Chancen und Notwendigkeit zugleich werden auch in der

¹ Im Gegensatz zu der langfristig bis 2030 ausgerichteten Diskussion zu den Raumentwicklungsszenarien Österreichs 2030 standen in der Diskussion über Trends & Challenges im Rahmen der nächsten fünf bis zehn Jahre und die in diesem Zeitraum herrschenden Entwicklungstreiber im Mittelpunkt.

Stärkung **regionaler Wirkungskreisläufe** (bspw. durch Energiebereitstellung) gesehen. Es ist aber auch ein „Schrumpfen“ einzelner Regionen zu erwarten. **Schrumpfung von Systemen** und räumliche Rekonzentration werden spannungsgeladene Themen für die Zukunft sein.

(3) Die Dualisierung in Wirtschaft und Gesellschaft setzt sich fort: Letztlich verstärken die Globalisierungs- und Liberalisierungsprozesse die Dualisierung der Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die Wirtschaftskrise wird diese nicht entschärft, sondern weiter beschleunigt:

- In globale Märkte eingebundene Unternehmen und damit verbundene high-skill Jobs versus zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse in low-skill Dienstleistungssektoren auf lokalen Märkten.
- Wachstum von großen, kapitalkräftigen Unternehmen mit ausreichendem Kapital für industrielle Innovationen versus einer großen Zahl von flexiblen oder hoch spezialisierten Klein- und Kleinstunternehmen.
- Neue Wachstumsperspektiven der in globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen eingebundenen Agglomerationen versus Rückzugsräume.

(4) Konkurrenzfähige Strukturen erfordern Denken in neuen Größenordnungen. Die Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen erfordern, in größeren funktionalen Zusammenhängen und Standorten zu denken und zu handeln und dabei jedoch die regionalen Besonderheiten der einzelnen Regionen mit zu berücksichtigen. Diese damit verbundenen, derzeit mühsamen und manchmal frustrierenden Aus Handlungsprozesse (andernorts werden solche Strukturen top-down verordnet) können sich langfristig als Standortvorteil erweisen. Soziale und technologische Entwicklungen werden komplexer und erfordern im zunehmenden Maße Kooperationsfähigkeit. Gelingt es, diese grundsätzliche „**Kooperationsfähigkeit**“ auf größere „Funktionsräume“ zu übertragen, können langfristig neue Standortvorteile entstehen.

(5) Balance zwischen Spezialisierungsvorteilen und Vielfalt in den Regionen ist notwendig. Spezialisierungsvorteile durch thematische Schwerpunkte und Cluster ermöglichen die Entwicklung von Standortvorteilen (qualifizierte Nachfrage, Arbeitskräftepooling, Forschungsleistungen etc.). Gleichzeitig zeigte die Krisenentwicklung auch die wirtschaftliche Anfälligkeit hoch spezialisierter Regionen. Es braucht daher eine gute Balance zwischen Spezialisierung und Vielfalt. Speziell auch vor dem Hintergrund, dass Innovationen vor allem an den Schnittstellen von Themen und Branchen stattfinden.

(6) Ressourcen- und energieeffizientes Wirtschaften als Notwendigkeit und Chance zugleich. Klimawandel und Ressourcenengpässe rücken erneuerbare Energielösungen sowie ressourcenschonendere Produktionsverfahren in den Mittelpunkt. Umwelttechnologien im Kern werden ein großer Nachfragemarkt mit Kompetenzvorteilen für Österreich. Der **Klimawandel** wird sich regional sehr unterschiedlich auswirken. Es gibt Gewinner und Verlierer, neue Chancen und Optionen. Es braucht daher regionale Strategien, die Langfrist-Szenarien berücksichtigen, sowohl im Hinblick auf die Risiken aber auch auf neue Chancen (Adaptive Strategien), eingebettet in eine nationale Strategie zur Diffusion ressourceneffizienter (Energie)-Technologien sowie substitutiver Entwicklungen für „ressourceneffiziente“ Materialien (Forschungsoffensive).

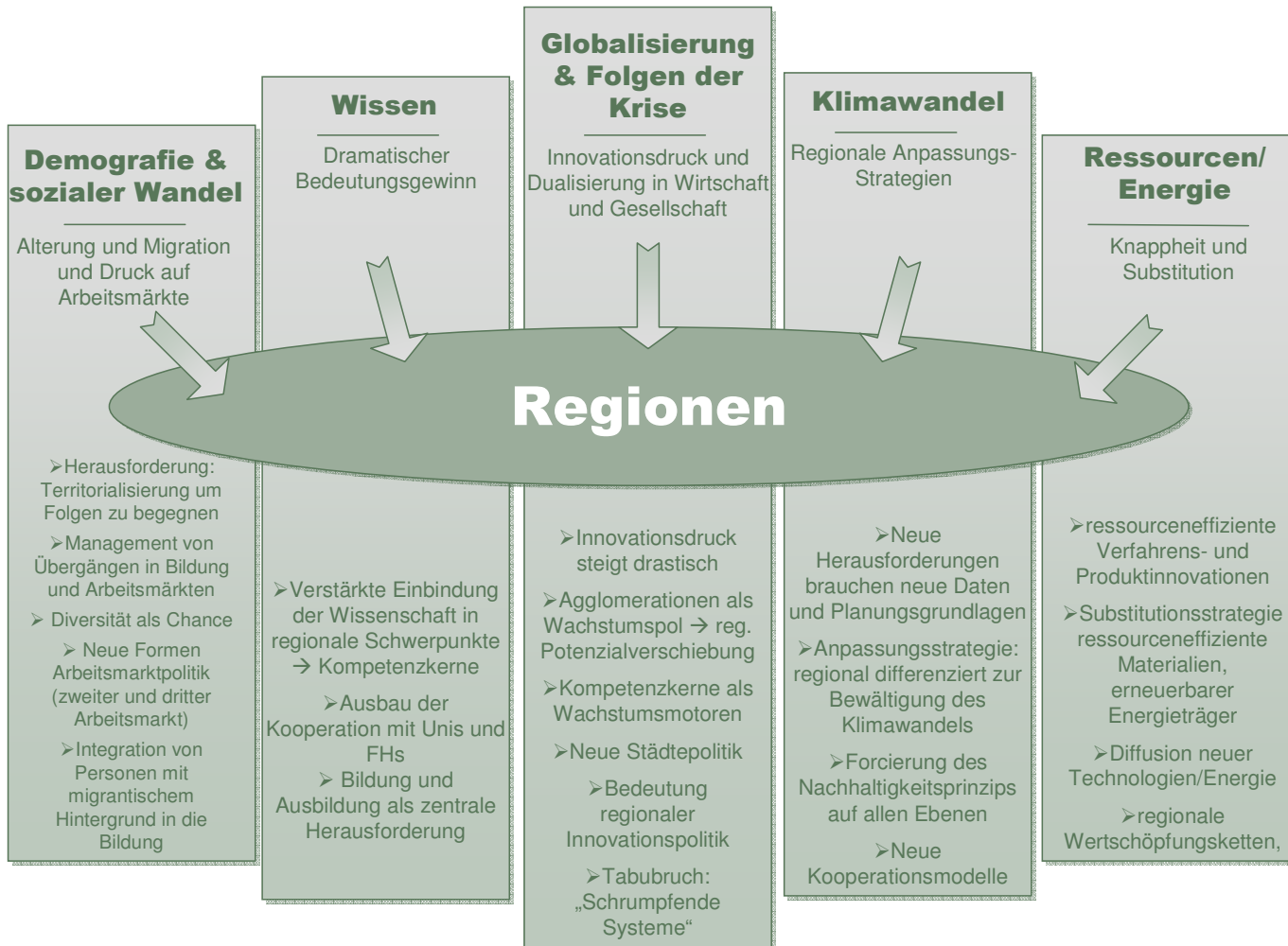
(7) Diese Entwicklungen sind eingebettet in eine **Reihe von Megatrends**, deren Wirkungen bereits seit Langem bekannt sind, in vielen Bereichen jedoch schlichtweg ignoriert wurden. Erwähnt sei hier nur der **demografische Wandel**, der u. a. bestimmt ist durch (i) Alterung der Gesellschaft mit ihren Auswirkungen auf die sozialen Systeme, Verkehr, Wohnen aber auch die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft und

(ii) die Migrationsströme und die **Chancen der Diversität** in der Gesellschaft. Dies erfordert grundsätzlich nationale Politikgestaltung und Rahmenbedingungen und konkrete regionale Lösungen und Initiativen. Also ein Zusammenspiel nationaler Politik mit einer territorial orientierten (Standort-)Entwicklung, die die konkreten Auswirkungen dieser Entwicklungen vor Ort berücksichtigt.

Die generell zunehmende **Flexibilität & Diversität** in der Gesellschaft, rasch wandelnde Arbeitswelten und sich verändernde Anforderungen führen zu vermehrten „Übergängen“ in der Arbeitswelt (zwischen Berufen und Beschäftigungsformen) und erfordern eine steigende individuelle Anpassungsfähigkeit. Das **Management von „Übergängen“** wird zu einer zentralen Herausforderung. Die auch als Folge der Krisenentwicklung wachsende Zahl von „Sockel“-Arbeitslosigkeit macht **neue Modelle der Arbeitsmarktpolitik** (zweiter bzw. dritter Arbeitsmarkt, Übergangsarbeitsmärkte) notwendig.

(8) Eine regionale Politik kann nicht gegen große (Markt-)Trends ankämpfen. Es braucht vor allem ein Zusammenspiel im **Mehr-Ebenen-System**. (Inter-)Nationale Politik muss die wesentlichen Rahmenbedingungen setzen, regional können spezifische und angepasste Lösungen erarbeitet werden. Es braucht aber auch einen klaren Blick für die Differenzierung der Problemlösungskapazitäten auf unterschiedlichen „Governance-Ebenen“. Die Problemstellungen werden insgesamt komplexer – die Problemlösungen können deshalb nicht einfach „simpler“ werden. In der Erfahrung des Umgangs mit der **Komplexität** in Dialog- und Verhandlungsräumen liegt zuletzt auch eine der **Zukunftschancen** Europas und seiner Regionen.

Abbildung 1 Megatrends und ihre Implikationen auf die Regionalpolitik



Quelle: convelop 2009 auf Basis STRAT.ATplus Diskussion.

Tabelle 1 Megatrends und ihre Implikationen auf Regionalpolitik

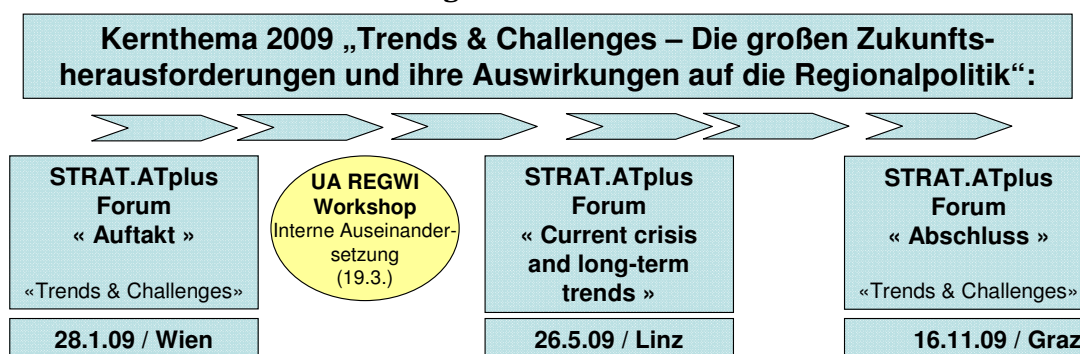
Megatrends	Folgen	Entwicklungen	Implikation auf Regionalpolitik
Globalisierung und Technologie	Innovationsdruck und Dualisierung in Wirtschaft und Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Liberalisierung; Deregulierung; sinkende Transportkosten, neue Technologien als Treiber ▪ Erhöhte Konkurrenz und Innovationsdruck als Folge ▪ Gegenwärtige Krise verschärft die Wettbewerbssituation ▪ Mittelfristig niedrigere Wachstumsraten (im Vergleich zum Boom) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Innovationsdruck steigt drastisch ebenso wie Standortanforderungen (Anbindung an Wissenschaft, Forschung, Bildung); Innovationspolitik der neuen Generation ▪ Verschiebung regionaler Entwicklungspotenziale in Agglomerationsräume mit hoher Standortqualität ▪ Balance: Spezialisierung versus Vielfalt ▪ Stadt-Land-Verflechtungen ausbauen ▪ Aber auch: Tabubruch in der regionalen Entwicklung – „Schrumpfende Systeme“ als Thema
Wissen und Bildung	Dramatischer Bedeutungszuwachs	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wissensgesellschaft als notwendige Voraussetzung ökonomischer Wohlfahrt in einem Hochlohnland ▪ Exzellenz in Forschung ▪ Herausforderung: Integration von Personen mit migrantischem Hintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbindung der Ausbildung und Wissenschaft in regionale Gegebenheiten (bestehende Ressourcen, Wirtschaftsstruktur etc.) ▪ Ausbau der Kooperation zwischen Universitäten, FHs und Unternehmen ▪ Bildung und Ausbildung als Kernherausforderung ▪ Integration von Personen mit migrantischem Hintergrund
demografischer und sozialer Wandel	Alterung und Migration	<p>Gesellschaften werden älter. Dies impliziert Änderungen in:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Konsummustern ▪ Mobilitätsverhalten ▪ Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen ▪ Beschäftigungsstruktur ▪ Weiterbildungserfordernissen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Territoriale Planungsansätze (Mobilität, Versorgung etc.) ▪ Regionalpolitik ebenso gefordert wie Verkehrs- und Infrastrukturpolitik wie Bildungs-, Wohnbau-, Raumordnungs- und Sozialpolitik ▪ Management von Übergängen in Bildung und Arbeitsmärkten ▪ Diversität als Chance ▪ Neue Formen der Arbeitsmarktpolitik (2. und 3. Arbeitsmarkt) ▪ Integration von Personen mit Migrations-Hintergrund in die Bildung
Klimawandel	Veränderte regionale Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Änderungen in Flora und Fauna, Landwirtschaft (Veränderungen der Niederschläge), im Tourismus (Winter- und Sommer), im Katastrophenschutz etc. zu erwarten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regional differenzierte Strategien zur Bewältigung des Klimawandels ▪ Forcierung des Nachhaltigkeitsprinzips auf allen Ebenen ▪ Neue Herausforderungen brauchen Daten und Planungsgrundlagen
Ressourcen / Energie	Ressourcenknappheit und Substitution	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigerung des Ressourcenverbrauchs ungebrochener Trend ▪ wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch nicht entkoppelt ▪ Verknappung führt zu einer Verteuerung diverser Rohstoffe/Energie 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ressourceneffiziente Verfahrens- und Produktinnovationen ▪ Diffusion neuer Technologien ▪ Substitution nicht erneuerbarer Energieträger ▪ Regionale Potenziale nützen (Biomasse-Wertschöpfungsketten)

Quelle: convelop 2009 auf Basis STRAT.ATplus Diskussion.

2. Einleitung

Im Rahmen des STRAT.ATplus-Prozesses wurde für das Jahr 2009 der Themen-Schwerpunkt **„Trends & Challenges – Zukunftsherausforderungen und Auswirkungen auf die Regionalpolitik“** gewählt. Die von der ÖROK gewählte inhaltliche Konzeption war offen angelegt. Es wurden drei STRAT.ATplus Foren organisiert; parallel dazu gab es einen Workshop im Unterausschuss Regionalwirtschaft, in denen spezifische Aspekte globaler Trends in verschiedenen Formaten (Impulsreferate, Gruppendiskussionen etc.) diskutiert und die sich daraus ergebenden Konsequenzen erörtert wurden.

Abbildung 2: Veranstaltungen im STRAT.ATplus Prozess 2009 – Trends & Challenges



Während in der Auftaktveranstaltung im Jänner Themen wie Globalisierung, Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Alterung etc. diskutiert wurden, thematisierte die Mai-Veranstaltung die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf die Regionalpolitik. Die Diskussion um diese Themen wurde auch in der Abschlussveranstaltung im November fortgeführt.

Der Prozess wurde von „ThemenpatInnen“ begleitet, die bei den Veranstaltungen und in der Diskussion zum UA Regionalwirtschaft teilnahmen und bei der Veranstaltung in Linz einen speziellen Diskussionsinput leisteten:

Elfriede Kober (aws/erp-Fonds)	„Regionale Wissensbasis und Innovation“
Martin Traxl (Land Tirol)	„Attraktive Regionen und Standortqualität“
Elisabeth Beer (AK Wien)	„Aktuelle Krise und Beschäftigung“
Ulrike Rebhandl (BMASK)	

Als schriftliche Resultate dieses Jahresprozesses STRAT.ATplus liegen eine Reihe an Dokumenten (Präsentationen, Diskussionsprotokolle zu einzelnen Arbeitsgruppen etc.) vor. convelop wurde beauftragt, diese in systematischer Form zusammenzufassen. Dies erfolgt in erster Linie auf Basis der entstandenen Dokumente zu den Veranstaltungen. Die Diskussionsergebnisse wurden um Befunde aus Literatur und Studien (z. B. „Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030“ (ÖROK) oder „Regionen 2020“ (DG Regio)) angereichert. Dies erschien insbesondere dort notwendig, wo eine Integration von empirischen Daten (z. B. Demografie) für das Gesamtverständnis hilfreich ist und wo dies für die Ableitung von Thesen im Hinblick auf Implikationen für Österreichs Regionalpolitik sinnvoll erschien. Notwendigerweise handelt es sich bei Diskussionszusammenfassungen immer nur um einen Ausschnitt der angesprochenen Themen.

Veranstaltungen STRAT.AT plus 2009	Impulsbeiträge
STRAT.ATplus Forum (28. 01. 2009) <i>"Trends & Challenges – Die großen Zukunftsherausforderungen und ihre Auswirkungen auf die Regionalpolitik"</i>	Rainer MÜNZ (Erste Bank): "Herausforderung Globalisierung-Wirtschaftskrise-sozialer Wandel" Friedrich HINTERBERGER (SERI): "Herausforderung Energie - Umweltkrise - Klimawandel" Erik VON BRESKA (DG Regio): "Regionen 2020 – Künftige Herausforderungen für die EU-Regionen"
UA REWI Workshop (19. 03. 2009)	Elisabeth STIX (ÖROK): „Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030“
STRAT.ATplus Forum (26. 05. 2009): <i>"Current crisis and longterm trends: New challenges for Regional- and Employment Policy in Austria"</i>	BONTURI (OECD): "Regional policy: an international perspective" David COYNE (EC, DG Employment): "Tackling the future in the regions: new challenges for employment and qualification" Elfriede KOBER (aws/ERP-Fonds): STRAT.AT priority: "Regionale Wissensbasis und Innovation" Martin TRAXL (Land Tirol): „Attraktive Regionen und Standortqualität“ Robert STUBENRAUCH (Softwarepark Hagenberg): Softwarepark Hagenberg - der österreichische Technologiepark für Software Christof SCHREMMER: (ÖIR): Herausforderungen Regionale Wettbewerbsfähigkeit Elisabeth BEER (AK Wien)/Ulrike Rebhandl (BMASK): „Aktuelle Krise und Beschäftigung“
STRAT.ATplus Forum (16. 11. 2009) <i>„Aktuelle Wirtschaftskrise und langfristige Herausforderungen für Regionen / Strategische Berichte 2009“</i>	Rudolf NIESSLER (GD Regio): Das „Recovery Package der EU“ und der Beitrag der Strukturfonds Andrea ITZLINGER (BKA): Konjunkturbelebende Maßnahmen des Bundes Gerd GRATZER (A14-Land Stmk): Antworten des Landes Steiermark auf die Wirtschaftskrise Markus GRUBER (convelop): STRAT.AT-Bericht 2009 im Lichte von "Trends & Challenges"-Kernaussagen John BACHTLER (EPRC/University of Strathclyde): Und was machen die anderen? – „Strategische Berichte“ der EU-27 im Überblick

3. Megatrends

Megatrends sind in der öffentlichen Diskussion in Mode. In den letzten Jahrzehnten gab und gibt es eine Reihe von Studien, in denen globale Trends identifiziert werden. Trotz Unterschieden in den Details lässt sich hierbei eine erstaunliche Übereinstimmung hinsichtlich der identifizierten Themen feststellen. Diese sind: Globalisierung und der damit verbundene Wettbewerbs- und Innovationsdruck, demografischer Wandel, Ressourcenverbrauch und der damit einhergehende Klimawandel aber auch der Bedeutungsgewinn des Produktionsfaktors „Wissen“. Vielfach kommt es hierbei zu Déjà-vu Momenten. Viele der Themen kennen wir aus Diskussionen, die etwa vor 20 Jahren geführt worden sind. Und tatsächlich, ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt: Einige der heute diskutierten Megatrends sind nicht so neu, wie sie oft erscheinen. Ein kurzer Blick in die Ideengeschichte einiger Megatrends verdeutlicht dies:

Box: Geschichte der Megatrends – einige Beispiele

Beispiel Klimawandel: Indizien seit den 1940er Jahren

Erste Hinweise auf einen Klimawandel gehen bspw. in Deutschland in die 1940er Jahre zurück. Der deutsche Klimatologe Hermann Flohn habilitierte 1941 zum Thema „Die Tätigkeit des Menschen als Klimafaktor“ und wies aufgrund empirischer Daten erstmals auf den Klimawandel hin.

Globalisierung: tief greifender Globalisierungsprozess seit dem 19. Jhd.

Auch die Globalisierung ist kein neues Phänomen. Auch wenn über die Historie der Globalisierung kein einheitlicher Konsens besteht, so waren zumindest im 19. Jahrhundert tief greifende Globalisierungsprozesse im Gange. So weist etwa der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt darauf hin, dass in der Periode von 1840 bis zum Ersten Weltkrieg die Handelsverflechtung, die kommunikationstechnische Verflechtung, der Kapitalverkehr und die Migration enorm angestiegen waren und relative Zahlen erreicht haben (z. B. Import-Exportquoten), die meist erst in den 1990er Jahren wieder erreicht wurden.

Auch Karl Marx stellte vor 130 Jahren fest: „Wertsteigerung und Entwertung, Freisetzung und Bindung von Kapital [...] setzen zu ihrer vollen Entwicklung das Kreditwesen und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt voraus, der überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise bildet. [...] Der Weltmarkt bildet [...] die Basis dieser Produktionsweise.“ (MEW, Bd. 25, S. 120, 345/346).

Wissen: Wissensgesellschaft seit den 1960er Jahren

Der Begriff der „Wissensgesellschaft“, welcher heute in aller Munde ist, wird als Begriff schon seit den sechziger Jahren diskutiert. In einem Artikel im „American Sociological Review“ von 1966 spricht Robert E. Lane bspw. von einer „knowledgeable society“ (vgl. Gruber, E. o. J.)

Die Jugend von heute – sie war schon 400 v. Chr. nicht zu bändigen

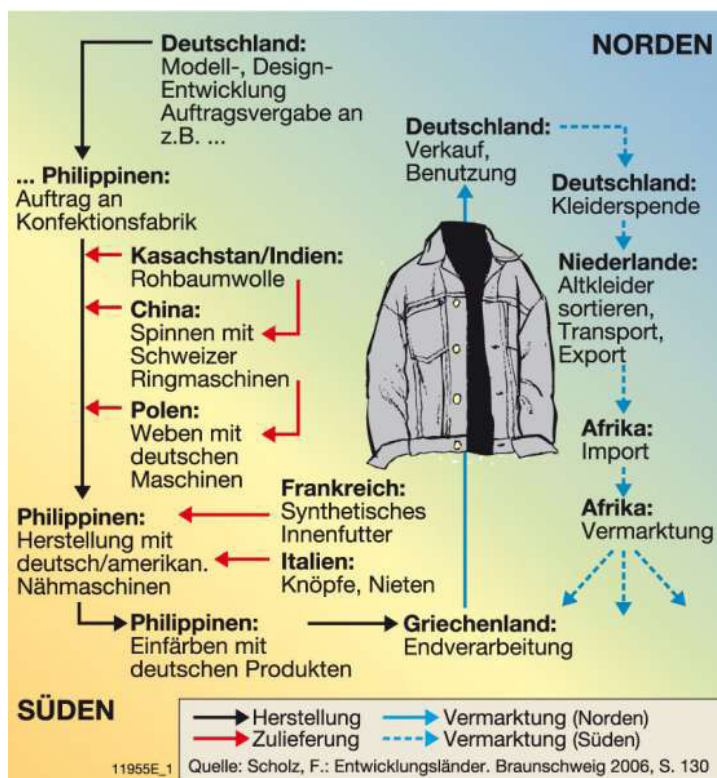
Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. (Sokrates, 470-399 v. Chr.) - <http://www.gierhardt.de>

Und dennoch: Die Dimensionen dieser Trends und teilweise die Dringlichkeiten haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verschärft. In einigen Fällen hat sich die wissenschaftliche Erkenntnis erst im Laufe der Zeit in das gesellschaftliche Bewusstsein eingepreßt (z. B. Klimawandel). Häufig wurden die auftretenden Probleme aber schlichtweg ignoriert und treten heute umso massiver ans Licht (Ressourcenverbrauch).

3.1. Globalisierung²

Die in der heutigen Dimension zumindest seit den 1970er Jahren fortschreitende Globalisierung hat die nationalen Ökonomien grundlegend verändert. Treiber dieser Entwicklung waren u. a. die schrittweise Liberalisierung bzw. Deregulierung des Welt-handels, sinkende Transportkosten, die Transformation ehemals sozialistischer in kapitalistische Staaten, neue Technologien (v. a. Internet) sowie ein integriertes Finanzsystem (vgl. Münz 2009). Nie zuvor wies die globale Ökonomie einen höheren Grad an Verflochtenheit, Offenheit, Kooperation und gleichzeitig auch Konkurrenz auf.

Abbildung 3 Globalisierung am Beispiel Produktion



Quelle: Münz Rainer, Präsentation beim STRAT.ATplus Forum vom 28. Jänner 2009

Die zunehmende internationale Verflechtung ist auch in Österreich beachtlich. So stieg beispielsweise die Exportquote (Waren und Dienstleistungen) seit 1996 von 37 % um mehr als die Hälfte und erreichte im Jahr 2008 einen Wert von 58,1 % (vgl. BMWFJ 2009, S. 90). Auch wenn die gegenwärtige Krise Dellen in der Dynamik der weltweiten Integration zeigt, ist mit Erholung der Konjunktur von einer Fortsetzung des eingeschlagenen Pfades auszugehen.

Zentrales Merkmal der Globalisierung ist der gestiegene Konkurrenz- und damit Innovationsdruck auf die Unternehmen. Praktisch alle Wirtschaftsbereiche sind von den Auswirkungen der Globalisierungen direkt betroffen. Dies trifft für handelbare Produkte und Dienstleistungen zu, aber auch (lokale) Dienstleistungsbranchen, die teilweise bisher von Marktkonkurrenz abgeschirmt waren, sehen sich durch Deregulierung und Marktliberalisierung einer zunehmenden Konkurrenz gegenüber.

² Vgl. Münz, R. (2009): Die Herausforderung: Globalisierung – Wirtschaftskrise – sozialer Wandel, Präsentation 28. Jänner 2009

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Folgen³

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist keine gewöhnliche Konjunkturdelle. Sie wird das Wettbewerbsumfeld drastisch verschärfen und langfristige Auswirkungen für die Wirtschaftsstandorte Europas und Österreichs mit sich bringen. Es gibt Anzeichen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit dem Sommer 2008 zu einem weltweiten Konjunkturreinbruch führte, ihren Talboden im Sommer/Herbst 2009 erreicht hat. Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise werden mit herkömmlichen Konjunkturdellen kaum vergleichbar sein. Dabei barg (oder birgt?) die aktuelle Krise das Potenzial für eine große Depression in sich. Die Geschwindigkeit der Abwärtsbewegung überstieg jene der 1930er Jahre bei Weitem, die geografische Betroffenheit war um Vieles höher. Letztlich sind aber auch die wirtschaftspolitischen Gegenreaktionen rascher und umfassender (Aiginger 2009). Entscheidend sind und waren vor allem geld- und zinspolitische Maßnahmen auf internationaler Ebene. Ergänzend wurden fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt: Der „European Economic Recovery Plan“ bildet einen Rahmen, umfangreiche Maßnahmenpakete des Bundes als Kern und ergänzende Pakte durch die Länder wurden geschnürt und eingesetzt.

Rudolf Niessler – DG Regional Policy

EU Cohesion Policy response to the economic crisis: Investing in the real economy

European Economic Recovery Plan 11-2008 - Aims

- Stimulate demand and boost consumer confidence
- Lessen the human costs and the impact on the most vulnerable
- Speed up shift to low carbon economy
- Pursue the necessary structural reforms, supporting innovation and the building of the knowledge economy

European Economic Recovery Plan – Principles

- Exploit synergies through co-ordinated actions
- Draw on all available policy levers, fiscal policies, structural and financial market reforms
- Ensure coherence between immediate actions and the EU's medium and longer term objectives

European Economic Recovery Plan – Actions

- Actions in the four priority areas of the Lisbon Strategy
- People – employment support, create demand for labour...
- Business – SME support i.p. EIB loans 30Bn, simplification, state aid...
- Infrastructure and Energy – broadband...
- Research and Innovation – clean technologies for cars, high speed internet...
- Role of Cohesion Policy in the financial and economic crisis
- Important role in restoring confidence because of its
 - Focus - supporting priority Lisbon themes: people, business, energy and infrastructure, research and innovation.
 - Stability - secure source of financing over seven years upon which the regional and local partners can rely for investment in coherent strategies
 - Flexibility within the programmes - tackling short-term needs while maintaining long-term priorities
- Potential to give a short term stimulus (i.e. Convergence regions)

³ Siehe Beiträge von, E. Kober (Mai, Linz 2009), R. Niessler, A. Itzlinger, G. Gratzner, M. Gruber (Nov., Graz 2009).

Andrea Itzlinger – BKA

Finanz- und Wirtschaftskrise - Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung

Österreich verabschiedete mit einem Volumen von 5,8 Mrd. Euro (2009) oder etwa 2,0 % des BIP eines der größten aktiven Konjunkturpakete in Europa. Diese sind ausgerichtet auf:

- Steigerung der Haushaltseinkommen zur Konsumstärkung (bspw. Steuerreform),
- Investitionsanreize für Private und Unternehmen (bspw. Erhöhung der Haftungs- und Garantierahmen, Zuschüsse für Wachstumsprojekte oder thermische Sanierung),
- Infrastrukturinvestitionen (bspw. Beschleunigung und Vorziehen von Infrastruktur- und Sanierungsprojekten) und
- Verstärkung der arbeitsmarktpolitischen Interventionen (bspw. Bildungskarenz, Kurzarbeit, Erhöhung der Mittel für Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration).

Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute (WIFO und IHS) zufolge werden diese Maßnahmen das BIP-Wachstum 2009 zwischen 0,87 % und 1,0 % anheben. Die Maßnahmen der Länder eingerechnet ergeben einen BIP-Effekt von 1,18 % (IHS) bzw. 1,4 % (WIFO). Die Beschäftigungseffekte der Maßnahmen von Bund und Ländern betragen 21.300 (IHS) bzw. 26.600 (WIFO). 2009/2010 stabilisieren die automatischen Stabilisatoren in den öffentlichen Haushalten in Höhe von geschätzten 1,5 % des BIP zudem die Konjunktur.

Es ist zu erwarten, dass die Wirtschaftskrise den ohnehin **hohen Innovationsdruck** auf die österreichische Wirtschaft deutlich steigern wird. Wirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse, für die bei „normalem“ Konjunkturverlauf einige Jahre Zeit gewesen wären, müssen nun in kurzer Zeit bewältigt werden. Die Konkurrenz nimmt vor allem im mittleren Technologiesegment weiterhin zu. Verloren gegangene Beschäftigung in der Industrie wird nicht wieder aufgebaut. Der Verlagerungsdruck auf Unternehmen aufgrund des Kostendrucks verschärft sich. Es kommt zu einer weiteren Verlagerung in die wachsenden Zielmärkte (BRIC-Märkte). Umso wichtiger für den Standort Österreich wird die Stärkung jener Bereiche sein, die als „Stabilisationsfaktoren“ in einem Hochlohnland wie Österreich gelten: Hohe Innovationsfähigkeit und qualifizierte Beschäftigte.

Damit steht Österreich einer zweifachen Herausforderung gegenüber: Zunächst muss die krisenbedingte Abschwächung der Wachstumsdynamik abgefedert werden. Parallel dazu muss eine Vorwärts-Strategie formuliert werden, welches ein neues Wachstumsmodell ermöglicht. Mittelfristiges Ziel ist es, zur Gruppe der führenden Innovationsnationen aufzuschließen. Diese Entwicklungen haben auch tief greifende Auswirkungen auf die regionalen Wirtschaftsstrukturen.

Die sich bereits abzeichnende **Potenzialverschiebung in Richtung Zentralräume** wird sich weiterhin beschleunigen. Die Globalisierung verschärft auch die Konkurrenz zwischen Regionen und zwischen ländlichen und städtischen Räumen. Die Anziehungskraft von Agglomerationen steigt aufgrund guter Verkehrsinfrastruktur, hohem ökonomischen Aktivitätsniveaus, Vorhandenseins qualifizierter Arbeitskräfte etc. (vgl. Beitrag E. Kober S. 14). Hochrangige Wachstumszentren weisen nach innen ein gut funktionierendes Innovationssystem auf, bei gleichzeitiger Einbettung in internationale Zusammenhänge („Local buzz and global pipelines“). Für die künftige Entwicklung hochrangiger Standorte wird eine integrierte Standortentwicklung eine Notwendigkeit. Bildung, F&E und ausgewiesene (technologische) Kompetenzbereiche werden eine Schlüsselfunktion einnehmen. In manchen ländlichen Regionen wird es zu einer Rekonzentration kommen. Es bedarf wohl eines regionalpolitischen **Tabubruchs**: Schrumpfungsprozesse und räumliche Rekonzentrationen als Herausforderung, die nicht mehr ignorierbar ist.

Dualisierungsprozesse

Der Globalisierungsprozess hat durch eine vertiefte internationale Arbeitsteilung zu erheblichen Wohlstandseffekten geführt. Und zwar sowohl in Billiglohnländern als auch in Industriestaaten. Die Globalisierung weist aber auch Ambivalenzen auf. Vielfältige Dualisierungen der Strukturen werden im Zuge der Globalisierung vorangetrieben (siehe Beitrag E. Kober, S. 24):

Box: Dichotome Entwicklungen als Folge der Globalisierung

Exportorientierte Sektoren und Hightech Unternehmen als Wachstumstreiber vs. versorgungsorientierte lokal ausgerichtete Wirtschaftszweige

International konkurrenzfähig können Hochlohnländer in erster Linie über Branchen und Produkte sein, die sich durch ein hohes technologisches Profil auszeichnen (Qualitätswettbewerb). Wachstumstreiber werden daher auch in Zukunft jene Unternehmen bleiben, die u. a. durch eine technologische Spezialisierung den Sprung von lokalen Versorgern zur Erschließung von Exportmärkten schaffen.

Demgegenüber ist das Entwicklungspotenzial versorgungsorientierter bzw. lokal ausgerichteter Branchen insbesondere im Dienstleistungssektor begrenzt. Einerseits erhöht sich auch hier der Konkurrenzdruck aufgrund von Liberalisierung und Deregulierung, andererseits sind in manchen Branchen nach oben hin enge Wachstums- und Einkommensgrenzen gesteckt.

Hoch qualifizierte Beschäftigte vs. Low-Skill Jobs

Bei der Beschäftigung sind global gesehen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. In den Industriestaaten werden hoch qualifizierte Beschäftigte verstärkt nachgefragt und zählen zu den Gewinnern. Umgekehrtes gilt für gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen.

Anders ist die Situation in den Schwellenländern bzw. BRIC Staaten: Die aus Kostengründen durchgeführten Produktionsverlagerungen führten in diesen Ländern zu einer Ausweitung der Beschäftigung. Flexible billige Arbeitsplätze können demnach als Gewinner bezeichnet werden. Die Beschäftigungsausweitung in Niedriglohnländern führte in vielen Bereichen zu einer Erhöhung des Wohlstandsniveaus – trotz teilweise fehlender sozialer und arbeitsrechtlicher Standards.

Verstärkte Hierarchisierung der Standorte – Agglomerationsvorteile gewinnen weiter an Bedeutung

Durch die sich abzeichnende Wissensbasierung der Wirtschaftsstruktur verschieben sich die Standortpotenziale.

Steigerung der Gewinne auf Unternehmensseite vs. Stagnation der Löhne/Gehälter

Die entstandenen Wohlstandseffekte wurden keineswegs gleichmäßig verteilt (vgl. Münz 2009). Als Gewinner können multinationale Konzerne gesehen werden. Deren Verhandlungsmacht stärkte sich im Zuge der Deregulierung aufgrund des gestiegenen „Drohpotenzials“ (Produktionsverlagerungen in kostengünstigere Regionen mit geringeren Sozial- und Umweltauflagen). Während die Gewinne in den letzten zwei Jahrzehnten stiegen, ist die Reallohnentwicklung in den meisten Industriestaaten verhalten.

These: Wachstum von Groß- und Kleinbetrieben vs. Druck auf mittlere Unternehmen

Die Globalisierung verstärkt den Trend, die Großen noch größer zu machen. Mittlere Betriebe schaffen entweder den Sprung zum Großbetrieb oder werden von Mitkonkurrenten aufgesogen. Demgegenüber steigt die Zahl kleiner und Kleinstbetriebe, die auf begrenzten Marktsegmenten kompetitiv tätig sein können.

Elfriede Kober: Regionale Wissensbasis und Innovation

These 1: Fortschreiten der Globalisierung

*Verstärkter Druck in Richtung **Strukturwandel***

- Gefahr der De-Industrialisierung einzelner Regionen
- Bestandspflege wünschenswert, aber zu welchem Preis möglich?
- Tourismus, Freizeitwirtschaft z. T. eine Alternative?
- Diskussion: Rückbau in einigen Gebieten (Land- u. Forstwirtschaft als Rohstofflieferant f. Energie)

Regionale Spezialisierung – ein sinnvoller Ausweg?

- Nachteile von Monostrukturen nicht unterschätzen (vergl. alte Industriegebiete, Automobilsektor dzt.)
- Mittelweg zwischen Vielfalt und Monostruktur

These 2: Verschärfte Konkurrenz zwischen Regionen

*Steigende Anziehungskraft der **Agglomerationen**: Gute Verkehrsinfrastruktur, Qualifiziertes Personal*

***Standortkonkurrenz** zwischen Agglomerationen: sowohl international als auch national*

*Gefordert: **übergeordnete Standortpolitik**: Mut zu einer polyzentristischen Regionalpolitik; Attraktivierung von regionalen Zentren zulasten eines „Gießkannenprinzips“ über alle kleinteiligen Gebiete*

These 3: Zwang zu energie- und ressourceneffizientem Wirtschaften

*Gefordert: **ökologischer Umbau** der gesamten Wirtschaft*

- Forcierung entsprechender Verfahrens- u. Produktinnovationen
- Aufrechterhaltung der hohen Breiten-Förderung von F&E&I
- Stärkung regionaler Kreisläufe

Fokussierung** der Spitzenforschung auf **Zukunftsthemen

- Umwelttechnologien, Energie, Logistik, neue Werkstoffe
- Diese Wirtschaftszweige als neue Exportsektoren etablieren

These 4: Gesteigerte Anforderungen an Qualifikation und Flexibilität

*Höhere **Qualifikation** und **lfd. Weiterqualifikation***

- Bildungssystem und Unternehmen sind gefordert
- Ausbau der Kooperation zwischen Universitäten/Fachhochschulen und Regionen/Unternehmen

*Parallel dazu: **Zunahme** sogenannter **Mac-Jobs***

- Grundsicherung für solche Arbeitsverhältnisse; über Lohnzuschuss?
- Auslaufen lebenslanger Arbeitsverhältnisse mit einem Unternehmen

These 5: Konzentration der Unternehmens-Struktur in 2 Richtungen

***Zunahme von Kleinst-Unternehmen**, insbes. **EPU**s (*Einpersonen-Unternehmen*)*

- Erleichterung für Gründungen, Einfache Unterstützungsprogramme
- Dienstleistungssektor (Kreativwirtschaft, ...)
- Verstärkte Förderung von High-Tech-Gründungen

Industrielle Innovation erfordert Größe

- Innovationen werden kostenintensiver
- Erlangung Sichtbarkeit auf dem internationalen Markt

***Mittlere Unternehmen** werden **zunehmend unter Druck** kommen*

These 6: Regionen übernehmen Verantwortung für Wissen & Innovation

Stärkung vorhandener regionaler Strukturen

- Technologie-/Innovationszentren: Ausbau zu Wissens-Managern / Wissens-Koordinatoren
- Cluster, Netzwerke, Kooperationen: Multiplikatoren zu den Unternehmen

***Einbettung der reg. Strukturen** in regional übergeordnete Netze*

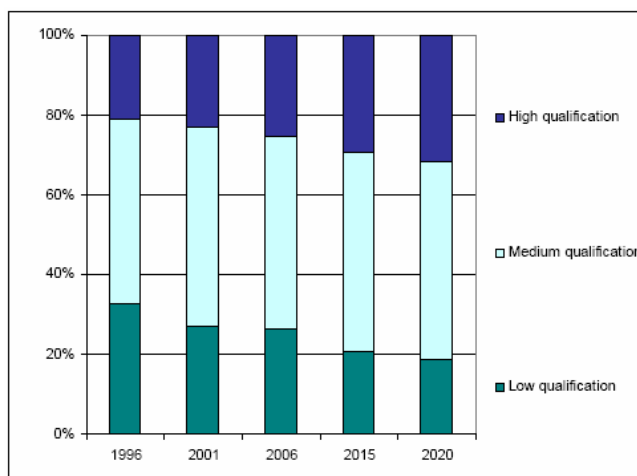
- Arbeitsteilung zwischen den Akteuren erforderlich: lokal – regional – national – international
- Auf-/Ausbau d. Kooperationskultur zwischen den Akteuren/Ebenen

3.2. Wissen

Wissen gilt als Schlüsselressource der Zukunft. Wachstum wird künftig vor allem entlang von Kompetenzkernen (in Wissenschaft, Forschung und Produktion) stattfinden: Eine der wertvollsten Standortressourcen in der Herausbildung dieser hoch kompetitiven Kompetenzkerne stellen die Hochschulen, die Forschungseinrichtungen und Kompetenzzentren sowie ihre regionale Einbettung dar.

Die Hochschulen werden auch in ihrer Funktion als Ausbildungsstätte immer bedeutender. Prognosen zeigen, dass die Nachfrage nach hoch qualifizierten Personen weiter steigen wird. Die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften wird hingegen sinken (vgl. Coyne 2009). Generelles bildungs- und wissenspolitisches Ziel muss daher die Etablierung einer Kompetenz-Gesellschaft sein, in der der überwiegende Teil der Bevölkerung über einen hohen Bildungsabschluss verfügt und sich kontinuierlich im Sinne eines lebenslangen Lernens fortbildet.

Abbildung 4 Forecast of skills needs 1996 – 2020



Quelle: CEDEFOP 2009, Coyne, Präsentation beim STRAT.ATplus Forum vom 26. Mai 2009

Der Trend zur Wissensgesellschaft fordert das heutige Wissenschafts- und Ausbildungssystem ebenso heraus wie die (betriebliche) Weiterbildung (vgl. Kober 2009). Eine zentrale Herausforderung an das österreichische (Aus-)Bildungssystem stellt die Integration von Personen mit migrantischem Hintergrund dar. 17,5 % der österreichischen Bevölkerung sind derzeit dieser Gruppe zuzurechnen. Österreich erweist sich bei der Nutzung bestehender Ressourcen von Personen mit migrantischem Hintergrund derzeit als sehr undurchlässig. Dies zeigt sich bspw. in der starken Segregation bei der Ausbildung. Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund auch der zweiten und dritten Generation sind höhere Ausbildungsstufen derzeit zumeist verwehrt (vgl. Coyne 2009). Aber auch bei der Beschäftigung zeigt sich das „nicht Ausschöpfen“ bestehender Ressourcen. Viele hoch qualifizierte, nach Österreich kommende Personen finden nur Jobs mit geringem Anforderungsprofil bzw. Arbeitsstellen, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entsprechen. Neben der damit verbundenen persönlichen Demotivation bleiben gesellschaftlich bestehende Potenziale somit ungenutzt.

3.3. Demografischer und sozialer Wandel

Die demografische Struktur aller europäischen Gesellschaften ist in starkem Wandel begriffen. Die Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung innerhalb der EU variieren nach Staaten: Sinkende Geburtenraten sowie Abwanderungen führen in vielen EU Regionen zu einer schrumpfenden Bevölkerung (Süditalien, Teile Griechenlands, osteuropäische Regionen). Für andere Gebiete, etwa in westeuropäischen und skandinavischen Staaten, wiederum wird von einem Wachstum der Bevölkerung ausgegangen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind zu erwartende positive Migrationssalden (vgl. Europäische Kommission 2008, S. 7).

Demgegenüber ist die Alterung der Gesellschaft in allen europäischen Staaten ein einheitlicher Trend und zentrales Merkmal des demografischen Wandels. Dies wird durch zwei gleichzeitig ablaufende Prozesse verursacht: Ansteigen der durchschnittlichen Lebenserwartung und sinkende Geburtenraten.

Für Österreich wird für die nächsten Jahrzehnte von einem Wachstum der Bevölkerung bei gleichzeitiger Veränderung der Altersstrukturen ausgegangen. Die aktuelle Prognose der STAT.AT berechnet für Österreich bis zum Jahr 2015 einen Anstieg der Bevölkerung auf 8,57 Mio. (+3,0 % gegenüber 2008) und bis zum Jahr 2030 auf 8,99 Mio. Personen (+8,1 %). Das Wachstum wird insbesondere durch Migrationsströme bedingt sein. Eine erfolgreiche Integrationspolitik von MigrantInnen wird daher eine zentrale Herausforderung sein (vgl. Coyne 2009). Auch ist das Wachstum regional nicht gleich verteilt:

- Überdurchschnittlich starkes Bevölkerungswachstum wird für Wien und Niederösterreich prognostiziert. Grund dafür sind starke (internationale) Wanderungsgewinne. Der Süden Österreichs wird hingegen langfristig mit Stagnation bzw. leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen haben.
- Generell ist damit zu rechnen, dass die Agglomerationsräume Österreichs weiter überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnen werden können. Bei gleichzeitiger Stabilität des ländlichen Raumes insgesamt werden inneralpine periphere Räume / Täler von Abwanderung und Bevölkerungsrückgängen betroffen sein.
- Im Einklang mit der europäischen Entwicklung wird sich in Österreich auch die Altersstruktur verschieben. Der Anteil der 60- und Mehrjährigen wird sich von 22 % (2005) auf mehr als 30 % (2030) erhöhen, das Durchschnittsalter wird von derzeit ca. 40 Jahren auf 45 ansteigen (ÖROK 2009, S. 52).

Die demografische Entwicklung löst zahlreiche gesellschaftliche Veränderungsprozesse aus. Exemplarisch seien folgende Punkte angesprochen:

- Beschäftigung: Der Alterungsprozess wird insgesamt zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote führen, was ein potenzielles Wachstumshemmnis darstellt (Europäische Kommission 2008b, S. 9). Fakt ist zudem: ArbeitnehmerInnen werden in Hinkunft im Durchschnitt älter sein. Damit wird sich auch die Definition vom „Normalarbeitsplatz“ verändern. Die Arbeitsfähigkeit erhalten und fördern wird daher ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre sein. Dies bedeutet einerseits, Personen möglichst frühzeitig in laufende Weiterbildungsmaßnahmen einzubeziehen, um das Entstehen von Qualifikationsdefiziten zu verhindern. Andererseits müssen zunehmend Personen, bei denen früher der Pensionsantritt die Norm war, in Hinblick auf den Verbleib oder eine Neuaufnahme einer Beschäftigung unterstützt werden (vgl. E. Beer/U. Rebhandl S 18). Dies fordert von allen Beteiligten ein nachhaltiges Umdenken: von den Beschäftigten selbst, den Unternehmen aber auch von den Weiterbildungseinrichtungen. Die Betriebe bspw. müssen sich in Folge der sich ändernden Altersstruktur ihrer Belegschaften der Herausforderung stellen, zunehmend drei statt bisher zwei Generationen zu beschäftigen. Dies erfordert Anpassungen der Unternehmenskultur und der Arbeitsprozesse einerseits sowie der

Qualifikation und der Einstellung der MitarbeiterInnen andererseits (vgl. STRAT.AT, S. 106 f., Förschner 2009).

- Soziale Integration älterer Personen: Forschungsergebnisse zeigen, dass soziale Integration von älteren Personen dann begünstigt wird, wenn diese den „Abstand zu anderen“ selbst bestimmen zu können. Dies impliziert u. a. eine breite Palette an möglichen Wohnformen (Eigenheim, Gemeinschaftswohnen innerhalb einer Generation oder generationsübergreifend), Erleichterung von Umzügen und ein breites Netz an haushaltsbezogenen Dienstleistungen und Hilfseinrichtungen in zu Fuß erreichbarer Nähe (vgl. Dangschat 2009).
- Gesundheits- und Pflegedienstleistungen: Die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen wird weiterhin zunehmen. Heute steigt die Wahrscheinlichkeit Pflegedienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sprunghaft ab dem 80sten Lebensjahr an. Während bei 70jährigen Pflegedienste nur von 3 % in Anspruch genommen werden, ist der entsprechende Prozentsatz bei 80-85 jährigen bei etwa einem Fünftel und steigt für über 90jährige auf 60 % an (vgl. More-Hollerweger 2009, S. 70f.).
- Mobilität: Ältere Personen weisen unterschiedliche Mobilitätsmuster auf als Jüngere. Mit zunehmendem Alter vollzieht sich eine Verlagerung von individuellen Verkehrsformen hin zu öffentlichen bzw. Zufußgehen. Tendenziell verkleinert sich das Aktionsfeld auf das Wohnumfeld. Dieser geringere Aktionsradius älterer Personen erfordert eine stärkere Orientierung am Prinzip der kleinräumigen Erschließung (vgl. Krajasits, 2009)

Demografischer sowie sozialer Wandel führen zu einer breiten Palette an Folgewirkungen. Regionen sind in dieser Entwicklung in erster Linie „Prozessnehmer“ und müssen mit den Folgen adäquat umzugehen lernen. Da viele der Aspekte regional sehr unterschiedliche Auswirkungen haben, wird es zu einer „Territorialisierung“ zur Bewältigung der Herausforderungen kommen. Diese erfordert wiederum neue Formen der „Governance“ in Bezug auf die Abstimmung der angesprochenen unterschiedlichen Politikbereiche. Regionalpolitik ist hier ebenso gefordert wie Verkehrs- und Infrastrukturpolitik wie Bildungs-, Wohnbau-, Raumordnungs- und Sozialpolitik.

Elisabeth Beer/Ulrike Rebhandl: Aktuelle Krise und langfristige Trends: Neue Herausforderungen für Regional- und Beschäftigungspolitik

These 1 - Regionale Beschäftigungspolitik: Stärkung kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe

Regionale Beschäftigungspolitik verstärkt auf **konjunkturunabhängige Arbeitsmarkt-bereiche** konzentrieren. Nur mit mehr „Eigenständigkeit“ und Unabhängigkeit können die neuen/alten Herausforderungen (Gender, Diversity, strukturelle Arbeitsmarktprobleme) gemeistert werden. Lösungen für **budgetäre Engpässe** sind auf der **Ebene der Verteilungspolitik** zu finden.

- **Arbeitsplätze vor Ort durch öffentliche bzw. soziale Dienstleistungen absichern** und schaffen: Betreuungsleistungen für Kinder und Angehörige, Alters- und Gesundheitsversorgung sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten; Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen erhöhen durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Breitbandnetze, etc., Wegzeiten verkürzen durch intakte Infrastruktur vor Ort, etc.
- Beschäftigungsmöglichkeiten im **Dritten Arbeitsmarkt für „schwache“ Bevölkerungsgruppen** schaffen: neue Arbeitsplätze in gemeinnützigen Bereichen (z. B. Soziales, Kultur) durch Lohnstützungen bzw. -subventionen ermöglichen.

Hierbei ist ein Augenmerk auf integrative Arbeitsmarktpolitik zu lenken, um sozialen Ausgrenzungen vorzubeugen sowie die Potenziale der einzelnen Bevölkerungsgruppen aktiv zu nutzen:

- Stellung der Frauen in der Region (**Gender**)
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (**Diversity-Orientierung**)
- Integration von **Jugendlichen** (Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten)

These 2 – Qualifizierung: Übergänge der individuellen Erwerbskarrieren gestalten

Rasch wandelnde Arbeitswelten bedingen neue und veränderte Anforderungen an Wissen und Können von Beschäftigten. In individuellen Erwerbskarrieren kommt den **Übergängen steigende Bedeutung** zu. Solche Übergänge können sein: unterschiedliche ...

- Beschäftigungsformen (Angestellte, freie Dienstnehmer, Projektmitarbeit, Selbstständigkeit, etc.)
- Lebensphasen: Ausbildung, Berufseinstieg, Erwerbsleben, Familienarbeit, ältere Beschäftigte, etc.
- Wechsel zwischen verschiedenen Berufen
- Status: Arbeitslosigkeit - Beschäftigung

Wie können die Übergänge gestaltet werden, dass Qualifikationen bestmöglich genutzt werden?

Wie kann ein Flexicurity-Konzept eine gute soziale Absicherung für die Betroffenen bieten? Wie kann dieses Konzept in regionale Beschäftigungs- und Entwicklungsprogramme bestmöglich eingebettet werden?

3.4. Nachhaltigkeit, Energie und Klima

3.4.1. Klimawandel

Der Klimawandel ist Realität. Fest steht, dass die Erwärmung der letzten 50 Jahre (0,13 °C pro Jahrzehnt) nahezu doppelt so hoch war wie über die letzten 100 Jahre. Der Alpenraum ist besonders stark von der Erwärmung betroffen. In Österreich betrug der Anstieg der mittleren Temperatur in den letzten 150 Jahren rund 1,6-1,8 °C. Modellsimulationen für die Zukunft variieren zwar im Bezug auf das Ausmaß des Temperaturanstieges. Dass die Erde sich weiterhin erwärmen wird, ist aus wissenschaftlicher Sicht jedoch gesichert (vgl. Banko, G. / Lexer, W. (2009)).

In der Öffentlichkeit ist das Problembewusstsein zur Veränderung des Klimas durch zunehmende Extremwittersituationen und damit verbundene Schäden, Medienberichte sowie neue wissenschaftliche Ergebnisse (bspw. IPCC-Report) stark angestiegen.

Die Wirkungen werden – den Klimamodellen zufolge – aber erst etwa ab 2030 dramatisch spürbar werden. Der Klimawandel wird neben den ökologischen Folgen auch Auswirkungen auf soziale und wirtschaftliche Systeme zeitigen. Regionale Betroffenheiten werden variieren. Für Österreich wird es, ähnlich wie in anderen Staaten, zu Veränderungen in der Landwirtschaft (Veränderungen der Niederschläge, Temperaturen), im Tourismus (Winter- und Sommer), im Katastrophenschutz etc. kommen (vgl. Europäische Kommission 2008b).

Die Europäische Kommission veröffentlichte Anfang April 2009 das Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“, in dem sie zum einen eine zweigleisige Strategie zur Bewältigung des Klimawandels benennt und andererseits annimmt, dass die Auswirkungen des Klimawandels sich schneller und stärker bemerkbar machen werden, als dies der Weltklimarat in seinem Bericht von 2007 vorhersagte. Eine Reihe von Staaten weisen (schon seit längerem) entsprechende Strategiepläne auf. Die österreichische Bundesregierung hat ihn ihrem Regierungsübereinkommen die Erarbeitung einer nationalen Anpassungsstrategie bis 2013 verankert. Für die Regionalpolitik bedeutet dies:

- Regionen müssen über die Konsequenzen aber auch Chancen des Klimawandels nachdenken, Adoptionsstrategien und -szenarien zur Anpassung auf die neuen Gegebenheiten müssen entwickelt werden. Wie den zum Teil kleinräumigen Veränderungen (Austrocknung von Gewässern, Erhöhung von Lawinen und Murenabgängen, Tourismus etc.) begegnet wird, darüber gibt es derzeit nur wenig konzeptionelle bzw. regionalpolitische Ansätze.
- Innovationen auf gesamtstaatlicher und regionaler Ebene mit Doppelnutzen für Umwelt, Gesellschaft und wirtschaftliche Entwicklung forcieren (Substitution von CO₂, erneuerbare Energien etc.). Umwelttechnologien werden damit zur Wachstumsbranche.
- Neue Herausforderungen brauchen letztlich auch neue Daten- und Planungsgrundlagen.

Martin Traxl: Thesen zu den künftigen Herausforderungen der Regionalpolitik aus Sicht Tirols mit dem Schwerpunkt „Attraktive Regionen und Standortqualität“

THESE 1: Für einen adäquaten Umgang mit den Trends der Zukunft bedarf es einer eingehenden Beschäftigung mit Strategien und Inhalten der Priorität 2 des STRAT.AT

Priorität 2 besonders stark von den Megatrends (Energieversorgung, Globalisierung, Klimawandel und demografischer Wandel) **angesprochen**.

Schaffung der entsprechenden Rahmen-/Standortbedingungen als Teil der Aufgabe der öffentlichen Hand aufgrund von Marktversagen.

- Aufnahme von **neuen Themen und Instrumenten** (z. B. demografischer Wandel)
- Berücksichtigung von **Wechselwirkungen** zwischen Prioritäten 1 und 2 (z. B. Energie)

THESE 2: Die Forcierung des Nachhaltigkeitsprinzips auf allen Ebenen im Sinne der ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimension bildet eine wesentliche Reaktion auf die aktuelle Krise und die langfristigen Trends

Kurzfristiges Denken als Ursache für gegenwärtige Wirtschaftskrise → Forcierung der **Göteborg-Strategie** als (europäisches) Erfolgsmodell für die Zukunft → **Gesamthafter Ansatz** in der Regionalpolitik (multisektoral!)

Herausforderung der **Operationalisierung von Nachhaltigkeit**

- Schaffung von **Win-Win-Strategien** (z. B. Erneuerbare Energie: Biomasse-Wertschöpfungskette – Chance für F&E – Unabhängigkeit von Importen – Preisstabilität)
- Berücksichtigung von **Externalitäten** (z. B. Klimawandel)

THESE 3: Think globally – Act locally: Kooperationen und verschiedene Formen von Netzwerken stellen zentrale Instrumente für den Umgang mit den neuen Problemstellungen dar!

Mehrwert der Programme mit dem Ziel „**Europäische Territoriale Zusammenarbeit**“ weitgehend unbestritten => expliz. Förderung auch anderer Kooperationen (z. B. zw. Bundesländern)

Partizipation der (reg.) Beteiligten: Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklung und Umsetzung von gemeinsamen Lösungsstrategien (z. B. regionale Entwicklungsstrategie)

=> **INTEGRIERTER regionalpolitischer Ansatz**

Kooperation Stadt-Land als wichtiges Element => Öffnung des LRs (ländlicher Raum) notwendig; ABER: LR kein Anhängsel von Städten!

Weitere **Anwendungsbeispiele:** Naturgefahren (Oberlieger - Unterlieger); Erreichbarkeit

THESE 4: Nach der Wirtschaftskrise wird die Frage der Finanzierbarkeit der Förderungen insbesondere der Priorität 2 verstärkt thematisiert werden!

Priorität 2 in der Programmabwicklung von Wirtschaftskrise **weniger stark betroffen**

Steigerung der **öffentlichen Verschuldung:** nach Ende der Krise restriktive Geldpolitik des Staates zum Abbau der öffentlichen Defizite.

Investitionen in **zukunftsfähige Bereiche** für langfr. Erfolg entscheidend (z. B. Energie, IKT)

THESE 5: Eine Konzentration der Schwerpunkte ist zielführend für eine (spürbar) positive Wirkung. Eine Flexibilität muss jedoch gegeben sein!

Aufgreifen und Abstimmung **spezifischer Trends** auf europäischer Ebene, welche überhaupt für eine Unterstützung im Rahmen der Strukturfonds infrage kommen.

ABER: **Regionale Entwicklungsstrategie MUSS** auf regionale **Bedürfnisse und Gegebenheiten** eingehen => **Voraussetzung** für erfolgreiche Umsetzung und engagiertes „Mittragen“ der Strategie durch die Region

Territoriale Besonderheiten (z. B. Berggebiete)

Nicht alles planbar (siehe Wirtschaftskrise) („**externer Schock**“)

THESE 6: Bestehende Instrumente auf europäischer Ebene bieten nur eine unzureichende Handhabe zur Bewältigung der Wirtschaftskrise bzw. im Umgang mit den Megatrends!

Systembedingt ist eine spontane Reaktion auf „externe Schocks“, wie die Wirtschaftskrise, im Rahmen der Strukturfonds nur sehr beschränkt möglich.

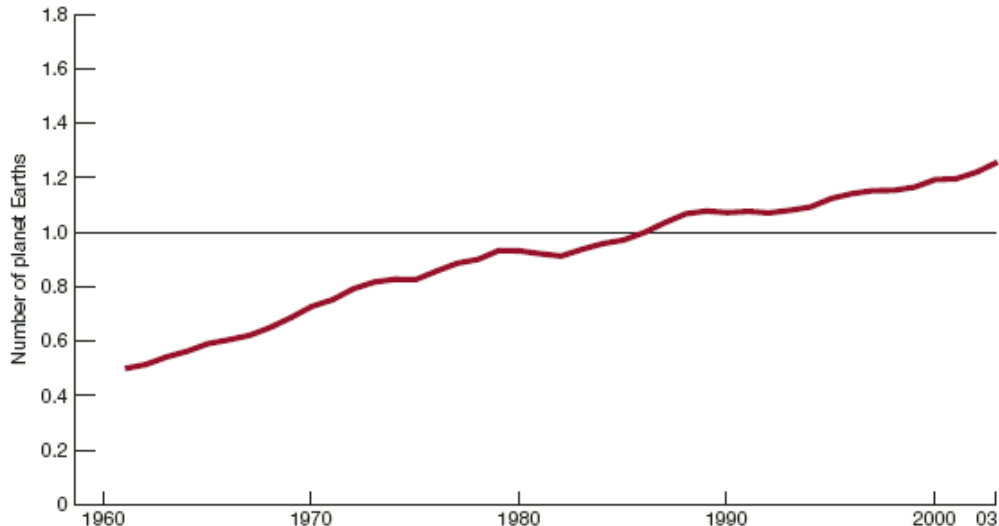
Nicht alle Megatrends finden sich in den **Grundlagen** für die Strukturfondsperiode 2007-2013 wieder, sodass eine verstärkte Berücksichtigung in der Abwicklung nicht überall möglich ist.

=> Schaffung der Voraussetzungen für die Periode 2014+

3.4.2. Ressourcen / Energie

Der langfristige Trend seit Beginn der Industrialisierung zeigt einen rasanten Anstieg im Ressourcenverbrauch⁴. Im Bereich Energie bspw. stieg der Verbrauch von 1980 bis 2005 um 45 %. Heute verbraucht die Menschheit um etwa ein Drittel mehr natürliche Ressourcen, als die Erde nachhaltig zur Verfügung stellen kann.

Abbildung 5 Humanity's Ecological Footprint, 1961-2003



Quelle: Hinterberger, Präsentation beim STRAT.ATplus Forum vom 28. Jänner 2009

Dieser die Grenzen der Nachhaltigkeit überschreitende Verbrauch führt zu einer Vielzahl an Umweltproblemen (Klimawandel, Ozonloch, Verlust an Artenvielfalt, Erosion, Verschmutzung von Boden, Wasser, Luft etc.), deren Konsequenzen heute nur zum Teil abschätzbar sind.

Bisher ist es nicht gelungen, das wirtschaftliche Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Auch wenn die Wirtschaftskrise eine Dämpfung des Ressourcenverbrauchs mit sich bringt, ist davon auszugehen, dass sich der langfristige Trend des steigenden Ressourcenverbrauchs bei Erholung der Konjunktur fortsetzen wird. Prognosen zufolge steigt der Energieverbrauch Österreichs bis zum Jahr 2020 um weitere 19 %, bis 2030 um 40-50 %. Dabei wird von einer sich ändernden Gewichtung der Primärenergieträger ausgegangen: Der erwartete Anteil erneuerbarer Energieträger sowie Erdgas wird steigen, die Anteile von Ölprodukten werden bei stagnierendem Gesamtverbrauch sinken (vgl. Veigl 2009).

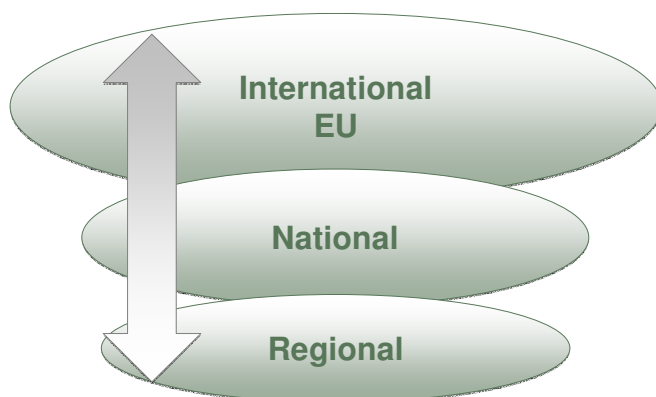
Die steigende Bedeutung erneuerbarer Energie wird vor allem auch durch Preissteigerungen von Erdöl und Erdgas beschleunigt werden. Bereits in der letzten Phase der Hochkonjunktur 2007 bis Mitte 2008 wurden Engpässe in der Verfügbarkeit von Rohstoffen als auch Energie sichtbar, die zu zum Teil drastischen Preissteigerungen führten. Auch wenn kurzfristig aufgrund der zurückgegangenen Gesamtnachfrage im Zuge der Wirtschaftskrise eine Entspannung und damit ein Nachlassen der Preise eingetreten ist, werden Energie- und Ressourcenknappheiten bei Anziehen der Konjunktur wieder bestimmend werden. Der Druck auf die Substitution von nicht erneuerbaren Rohstoffen sowie die Diffusion ressourceneffizienter Technologien bzw. die Nutzung alternativer umweltfreundlicher Energieformen wird dann wieder steigen.

⁴ Der Gesamtverbrauch ist hierbei sehr ungleich verteilt: Die reichsten 20 % der Menschen verbrauchen etwa 80 % der Ressourcen (vgl. Hinterberger 2009).

Diese Ansätze werden vor allem dann breitenwirksam, wenn es gelingt, Win-Win Situationen für alle Involvierten zu erreichen (z. B. Erneuerbare Energie: Biomasse – vertiefte regionale Wertschöpfungskette – Chancen für F&E – Importsubstitution – Preisstabilität) (vgl. auch Traxl 2009). Positionieren können sich damit Regionen vor allem in ihrer Funktion als ländliche Räume. Auch in der regionalen Forschungsförderung können Akzente im umweltrelevanten Bereich gesetzt werden, indem ressourcenrelevante Zukunftsthemen (Umwelttechnologien, Energie, Logistik, neue Werkstoffe etc.) verstärktes Augenmerk erhalten (vgl. Kober).

3.5. Multilevel-Governance

Abbildung 6 Multi-Level-Governance



Quelle: eigene Darstellung, convelop 2009

Die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre hat das Ausmaß der globalen Vernetzung und Arbeitsteilung in einer neuen Dimension sichtbar gemacht. Deutlich geworden ist damit auch die steigende Notwendigkeit von Lösungskompetenzen auf internationaler und europäischer Ebene.

Es braucht aber auch einen klaren Blick für die Differenzierung der Lösungskapazitäten auf unterschiedlichen „Governance-Ebenen“. Zwar manifestieren sich alle Trends in den Regionen, diese werden jedoch fälschlicherweise immer mehr als für alles geeignete Problemlösungsebenen angesehen.

Strukturelle Probleme mangelnder Innovationsfähigkeit, demografischer Entwicklungen oder der Arbeitsmärkte müssen auf übergeordneter internationaler und nationaler Ebene gelöst werden. Was Regionen leisten können ist:

- durch eine kluge territoriale Politik und einen koordinierten Einsatz der Sektorpolitiken die Standortbedingungen relativ zu anderen (die unter der gleichen Rahmenbedingungen agieren) zu verbessern;
- Auswirkungen mit intelligenten Lösungen begegnen bzw. abmildern oder auch in Chancen umzuwandeln;
- Pilotprojekte, die erprobt werden und sich multiplizieren können (um so auch den Mainstream zu beeinflussen) oder mit neuen Gesamtlösungen eine Pilotfunktion einnehmen und damit Veränderungsdruck von „unten“ zu entwickeln.

Die Problemstellungen werden insgesamt komplexer – die Problemlösungen können deshalb nicht einfach „simpler“ werden. In der Erfahrung des Umgangs mit der Komplexität in Dialog- und Verhandlungsräumen liegt letztlich auch eine der Zukunftschancen Europas und seiner Regionen.

4. Verwendete Unterlagen/Literatur

Literatur

- AINGINGER K. (2009): The Great Recession vs. the Great Depression. Stylised Facts on Siblings that Were Given Different Foster Parents. WIFO Working Papers 354/2009.
- Bathelt, H. / Malmberg, A. / Maskell, P. (2003): Clusters and Knowledge: Local Buzz, Global Pipelines and The Process of Knowledge Creation, DRUID Working Paper No 02-12.
- Barca, F. (2009): An Agenda for a Reformed Cohesion Policy. A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2009): Wirtschaftsbericht Österreich 2009, Wien.
- Banko, G. / Lexer, W. (2009): Umwelt in: ÖROK (2009): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Materialienband, S. 183-227.
- CEDEFOP (2009): Skills for Europe's future: anticipating occupational skill needs. http://www.cedefop.europa.eu/etv/Upload/Information_resources/Bookshop/538/5194_en.pdf.
- Dangschat, J. (2009): Jenseits aufgeregter Vorurteile. Altern und Integration im urbanen Raum. in: Raum Nr. 74, 2009, S. 28-31.
- Gruber, E. (Jahr unbekannt): Wissensgesellschaft: Modebegriff oder produktiver Reformansatz in der Erwachsenenbildung? <http://www.wg.uni-klu.ac.at/ifeb/eb/wissensgesellschaft.pdf>
- Gruber, M / Gerharter, G. / Pohn-Weidinger, S., Wagner, G. (2009): Strategische Governance: Der Zukunft von Forschung, Technologie und Innovation ihren Möglichkeitsraum geben. Teilbericht 2 im Rahmen der Systemevaluierung der österreichischen Forschungsförderung und -finanzierung.
- Krajasits, C. (2009): Altsein in neuen Dimensionen. Die Herausforderung für den ländlichen Raum. in: Raum Nr. 74, 2009, S. 32-35.
- Europäische Kommission (2008a): Regions 2020 Demographic Challenges For European Regions, Background Document TO Commission Staff Working Document Sec(2008).
- Europäische Kommission (2008b): REGIONEN 2020. Bewertung der künftigen Herausforderungen für die EU-Regionen.
- Europäische Kommission (2008c): Regions 2020. Globalisation Challenges For European Regions.
- Förschner, M. (2009): Versäumnisse der Regionalpolitik. Ressourcenvergeudung en Vogue in: Raum Nr. 74, 2009, S. 36-38.
- Marx, K. (1983): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983.
- More-Hollerweger, E. (2009): Gesellschaft und Konsummuster, in: ÖROK (2009): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Materialienband, S. 63-82.
- Veigl, A. (2009): Energie, in: ÖROK (2009): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Materialienband, S. 97-123.

Impulsreferate/Präsentationen

STRAT.ATplus Forum „Auftakt“, 28. Jänner 2009, Wien

Prof. Rainer Münz (Mitglied der Reflexionsgruppe des Europäischen Rates): "Herausforderung Globalisierung-Wirtschaftskrise-sozialer Wandel"

Friedrich Hinterberger (Sustainable Europe Research Institute (SERI): "Herausforderung Energie - Umweltkrise - Klimawandel",

Erik von Breska (Europäische Kommission, GD Regionalpolitik): "Regionen 2020 – Künftige Herausforderungen für die EU-Regionen",

Unterausschuss Regionalwirtschaft Workshop, 19. März 2009

Elisabeth. Stix (ÖROK): „Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030"

STRAT.ATplus Forum „Current crisis and longterm trends: New challenges for Regional- and Employment Policy in Austria“, 26. Mai Linz

Bonturi (OECD): "Regional policy: an international perspective",

David Coyne (EC, DG Employment): "Tackling the future in the regions: new challenges for employment and qualification",

Elfriede Kober (aws/ERP-Fonds): STRAT.AT priority: "Improving the regional knowledge base and fostering innovation",

Robert Stubenrauch (Softwarepark Hagenberg): Softwarepark Hagenberg der österreichische Technologiepark für Software

Christof Schremmer (ÖIR): Herausforderungen Regionale Wettbewerbsfähigkeit Prioritäten 1+2

Martin Traxl (Tyrol): STRAT.AT priority: "Creating attractive regions and quality of location",

Ulrike Rebhandl (Federal Ministry for Social affairs, Labour and Consumer protection), Elisabeth Beer (Chamber of Labour): STRAT.AT priority 3: Employment and qualification"

STRAT.ATplus Forum "Aktuelle Wirtschaftskrise und langfristige Herausforderungen für Regionen / Strategische Berichte 2009", Graz 16. November 2009

Rudolf Niessler (EK, GD Regionalpolitik): Das „Recovery Package der EU“ und der Beitrag der Strukturfonds

Andrea Itzlinger (Bundeskanzleramt): Konjunkturbelebende Maßnahmen des Bundes

Gerd Gratzer (Land Steiermark): Antworten des Landes Steiermark auf die Wirtschaftskrise

Markus Gruber (convelop): STRAT.AT-Bericht 2009 im Lichte von "Trends & Challenges"-Kernaussagen

John Bachtler (EPRC): Und was machen die anderen? – „Strategische Berichte“ der EU-27 im Überblick



convelop
cooperative knowledge design gmbh

A-8010 Graz Bürgergasse 8-10/I
Telefon: +43 (0) 316 720 813
Fax: +43 (0) 316 720 813-20
www.convelop.at office@convelop.at